

## Tierschutzbund fürchtet Aus für Katzenkastration

**KIEL** Die landesweite Aktion zur Kastration von Katzen stößt in diesem Jahr auf Finanzierungsprobleme. Damit sei die seit 2014 laufende Herbstaktion gefährdet, warnt der Tierschutzbund. 2016 und 2017 seien rund 5400 Katzen kastriert worden und in der Folge die Zahl der Katzen in den Tierheimen des Landes um 30 Prozent gesunken. *sh:z*

Seite 5

# Tierschützer: Kastration von Katzen in Gefahr

Noch zögern viele Gemeinden, sich finanziell an der landesweiten Aktion zu beteiligen

Von Kay Müller

**KIEL** Es könnte das Aus für ein Projekt bedeuten, das alle Beteiligten eigentlich weiterführen wollen. „Die landesweite Katzenkastrationsaktion von Mitte Oktober bis Mitte November 2018 ist in Gefahr“, warnt der Landesvorsitzende des Deutschen Tierschutzbundes, **Holger Sauerzweig-Strey** (Foto). Die Finanzierung stehe auf der Kippe.



Im Norden gibt es rund 70000 frei lebende Katzen, die oft krank sind und sich wild vermehren. Das Land hatte im Mai nicht nur 90000 Euro für die Fortführung des seit Jahren laufenden Kastrationsprojekts zur Verfügung gestellt, sondern

auch angekündigt, den Betrag, den die Kommunen übernehmen sollten, in den Fonds zur Katzenkastration einzuzahlen – also insgesamt 180000 Euro. „Nun ist aber keine Rede mehr davon“, klagt Sauerzweig-Strey. Der Gemeindegtag habe eine Anfrage an die Kommunen gestellt und leider bisher nur von etwa einem Drittel eine Bestätigung erhalten, dass sie einen Betrag zwischen 1000 und 1500 übernehmen – aber nur für nachgewiesene Kastrationen in ihren Gemeinden, so der Tierschützer.

„Es stimmt, wir wollen nachlegen, weil wir das Projekt gut finden“, sagt der Geschäftsführer des Gemeindegtages, Jörg Bülow. Noch sei Zeit, die Frist für die Rückmeldung der Gemeinden bis Ende September verlängert worden. „Nach den

Wahlen und der Sommerpause müssen sich viele erst mit dem Thema befassen“, glaubt Bülow. „Wir brauchen eine Mindestzahl an teilnehmenden Gemeinden, sonst bringt die Aktion nichts. Ich bin zuversichtlich, dass wir eine landesweite Aktion hinbekommen.“ Die Gemeinden profitieren von den Kastrationen. Weil es danach deutlich weniger Fundtiere gibt, sparen sie Kosten für deren Unterbringung.

Das Land pocht darauf, dass die Kommunen ihren Anteil beisteuern. „Das Geld für die geplante Herbstaktion ist im Haushalt eingestellt, allerdings unter der Voraussetzung, dass die Kosten künftig von kommunaler Familie und dem Land jeweils zu Hälfte – bis maximal 90000 Euro von Landesseite – getragen werden“, sagt Um-

welt-Staatssekretärin Anke Erdmann (Grüne). „Wir wünschen uns eine Fortführung des Projektes und sind bereit, unseren Anteil daran zu tragen.“ Eine einseitige Finanzierung sei aber nicht vorgesehen.

Die Tierschützer fürchten das Ende der landesweiten Aktion, wenn sich so wenige Gemeinden beteiligen und das Land nicht einspringt. Auch die Abrechnung würde komplizierter. Der Tierschutzbund würde seine finanzielle Unterstützung zurückfahren, so Sauerzweig-Strey. Dabei sei das Projekt erfolgreich und werde von anderen Bundesländern kopiert. Allein 2016 und 2017 wurden rund 5400 wild lebende Katzen kastriert. In der Folge ging die Zahl der Fundkatzen in den Tierheimen um rund 30 Prozent zurück.